

Ich schließe Tagesordnungspunkt 15 und rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 11
des Petitionsausschusses gemäß § 12 Abs. 2 des Petitions-
gesetzes

Drucksache 4/6641

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit ist die Übersicht 11 des Petitionsausschusses zur Kenntnis genommen. Wir können Tagesordnungspunkt 16 schließen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/6638

Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Schuldt, Sie erhalten das Wort.

Schuldt (DVU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer fleißig arbeitet, braucht sich dafür nicht zu schämen. Bekanntlich sind in allen Parlamenten die Orte, in denen angeblich wirklich gearbeitet wird, die Ausschüsse der Landtage. Jeder von uns Abgeordneten ist mindestens in einem Ausschuss vertreten. Bei kleinen Fraktionen, wie wir es sind, hat ein Abgeordneter mehrere Ausschüsse besetzt.

Es gibt hier im Landtag 13 Ausschüsse, deren Aufgabe vor allem darin besteht, die Entscheidungen des Landtages sauber vorzubereiten, vorausgesetzt, dass die Ausschussmitglieder fleißig und aktiv sind.

Nun leben wir heute in einer Zeit allgemeiner Politikverdrossenheit in der Bevölkerung, und das gerade in Bezug auf parlamentarische Aktivitäten und Strukturen. Das geht vom reinen politischen Desinteresse bis hin zur Ablehnung von Politik und politischem Handeln schlechthin. Gerade in der repräsentativen Demokratie fühlen sich die Bürger zunehmend nicht mehr als Souverän, sondern nur noch als steuerzahlendes Stimmvieh, da sie ja nicht wirklich am politischen Prozess partizipieren können.

Diese gesellschaftlichen Tendenzen sehen wir als Abgeordnete der DVU-Fraktion mit großer Besorgnis, weil sich die Menschen immer mehr zurückziehen, was sich nicht zuletzt in einer sinkenden Wahlbeteiligung auf allen Ebenen widerspiegelt. Aber wie sollen da die Bürgerinnen und Bürger Verständnis für eine parlamentarische Demokratie entwickeln, gerade in den neuen Bundesländern, wo viele noch von 40 Jahren SED-Diktatur traumatisiert sind?

Wenn sich ein noch so junger Landtag wie der von Brandenburg gerade dort hinter verschlossene Türen zurückzieht, wo

die parlamentarische Arbeit am klarsten sichtbar wird, dann ist das ein schlechtes Signal. Von wenigen öffentlichen Anhörungen einmal abgesehen haben unsere Bürgerinnen und Bürger bislang nicht die Chance, die Sitzungen mit den zum Teil recht umfangreichen Tagesordnungen mitzuverfolgen. Da fragt sich mancher Mensch da draußen, außerhalb der Landtagsmauern, durchaus mit Recht: Was machen die eigentlich da drin die ganze Zeit? - Die Außenwirklichkeit der Parlamente wird angesichts einer „Politik der verschlossenen Türen“ damit weitestgehend der öffentlichen Presse überlassen. Diese wiederum berichtet aber lieber über das Thema Lobbyismus oder über Skandale, zum Beispiel Spendenaffären, oder über illegale Machenschaften von Parlamentariern, aber über Sacharbeit in den Ausschüssen sehr wenig. Hinzu kommt, dass im Gegensatz zur vergangenen Legislaturperiode nicht einmal mehr die Plenarsitzungen vom RBB im vollen Umfang ausgestrahlt werden. Angesichts dieser Informationspolitik des Landtags braucht man sich nicht zu wundern, wenn unser Parlament vielen Menschen im Land eher suspekt als vertrauensvoll erscheint. Dabei ist es gerade die Landesgesetzgebung, welche die Menschen am meisten interessiert und die sie sich - als Betroffene von Verwaltungsakten - nicht erst von einem Anwalt erklären lassen wollen.

Meine Damen und Herren! Die Menschen wollen den Entscheidungsprozess der Gesetzgebung und das harte Ringen um interessengerechte Ausgleichs zumindest so weit als möglich mitverfolgen. Das von uns geforderte Minimum an Transparenz ist daher die minimale Voraussetzung, den Bürgerinnen und Bürgern wieder ein Stück Vertrauen abzugewinnen. Wir als DVU-Fraktion haben jedenfalls nichts zu verbergen - ich hoffe, Sie von den Koalitionsfraktionen auch nicht. - Ich bedanke mich zunächst einmal.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält Frau Abgeordnete Richstein. Sie spricht für die SPD- und die CDU-Fraktion.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein schlechter Antrag wird nicht dadurch besser, dass man ihn einfach wiederholt. Wir erleben heute im Grunde nur die Neuaufnahme eines Antrags der DVU aus dem Jahre 2004, in dessen Begründung damals stand: Um dies zu erreichen, wurde der hier vorliegende Antrag konzipiert. - Man ist noch nicht einmal so einfallsreich und vor allem so ehrlich gewesen, in die Begründung des heutigen Antrags zu schreiben: Um dies zu erreichen, wurde unser hier vorliegender Antrag einfach abgeschrieben.

Wenn Sie, Herr Schuldt, sagen: „Wer fleißig arbeitet, braucht sich nicht zu schämen“, dann muss ich Ihnen entgegnen: Sie haben nicht fleißig gearbeitet, also schämen Sie sich mal!

(Beifall bei CDU, SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Aus Ihrem Antrag spricht nur Fantasielosigkeit, Innovationslosigkeit, und das ist es, was Politikverdrossenheit letztendlich auch befördert.

Da die Koalition für ihre sachliche und vor allen Dingen berechenbare Arbeit bekannt ist, wird es Sie nicht verwundern, dass

wir auch diesen Antrag - wie bereits den im Jahre 2004 - ablehnen werden. Wir sind aber nicht einfach so plump und sagen wie der Antragsteller: „So war es damals, so ist es heute!“, sondern ich möchte Ihnen dafür eine Begründung geben. Es sprechen nämlich mindestens drei Gründe gegen Ihren Antrag: Er ist unnötig, er geht an der Sache vorbei, und er ist vor allen Dingen kontraproduktiv.

Erstens: Er ist unnötig deswegen, weil die Ausschüsse heute schon öffentlich tagen können. Der Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik tut dies. Es bedarf der einfachen Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses, um dies festzulegen.

Was wir in unserer politischen Arbeit wollen, ist eben gerade keine Gängelung - weder der Abgeordneten noch der Menschen draußen im Land - durch starre Regelungen, sondern wir möchten ihnen die Entscheidungsfreiheit geben, ihre Arbeit und ihr Leben so zu gestalten, wie es ihnen möglich und für sie auch am besten ist. Deswegen wollen wir diese generelle Öffentlichkeitsfestschreibung gar nicht haben. Wenn ich mir die Arbeit einiger Ausschüsse - beispielsweise die des Petitionsausschusses - anschau, in dem private Dinge der Bürger bis in die Einzelheiten besprochen werden, dann kann ich es mir gar nicht vorstellen, dies auch noch in aller Öffentlichkeit zu tun.

Zweitens: Der Antrag geht an der Sache vorbei. Damit möchte ich nicht die Politikverdrossenheit kleinreden. Im Gegenteil. Aber Politikverdrossenheit wird nicht dadurch behoben, dass wir Ausschussarbeit öffentlich machen. Politikverdrossenheit wird vielmehr auch durch platte Parolen geschürt, wie wir sie gerade von extremistischen Parteien jetzt wieder im Wahlkampf sehen und lesen müssen.

Politikverdrossenheit kann man eher dadurch entgegenwirken, dass wir mit den Bürgern ins Gespräch kommen, dass wir die Bürger aber dort abholen, wo sie stehen, und nicht, dass wir eine plumpe Einladung aussprechen: Kommt mal in den Landtag, wir sitzen hier und warten auf euch, und ihr müsst zu uns kommen. - Nein. Unser Weg ist ein anderer. Wir müssen die Bürger dort abholen, wo sie stehen.

Drittens ist Ihr Antrag auch kontraproduktiv. Sie schreiben es selbst in Ihrer Begründung und verweisen auf die Ausschussarbeit in Berlin. Wer schon einmal im Berliner Abgeordnetenhaus war, weiß, dass nicht immer - denn ich schätze meine Kollegen in Berlin sehr -, aber oftmals die Sachlichkeit Populismus und Medienwirksamkeit weichen muss,

(Beifall des Abgeordneten Karney [CDU])

dass es manchmal mehr Scheindebatten als wirklich inhaltlich konstruktive Arbeit gibt. Das wollen wir nicht in Brandenburg.

Zusammenfassend - ich habe schon gesagt, dass wir den Antrag ablehnen werden - frage ich mich, ob Sie sich mit diesem Antrag einen Gefallen getan haben; denn ich weiß nicht, ob Ihnen die Öffentlichkeit in der Ausschussarbeit zugute käme. Dann könnten die Bürger nämlich beurteilen, wie fleißig oder aktiv Ihre Fraktion in Wirklichkeit ist - nämlich gar nicht. - Vielen Dank.

(Beifall - Schuldt [DVU]: Das ist eine Unterstellung! - Bischoff [SPD]: Wie inhaltlos! - Schulze [SPD]: Geistige Magerkost!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Görke von der Fraktion DIE LINKE.

Görke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt aus Sicht der Linksfraktion gute Gründe, aus denen Ausschusssitzungen grundsätzlich öffentlich stattfinden sollen. Wir werden diese Gespräche und unsere Auffassung mit den demokratischen Fraktionen hier vortragen, und ich bin optimistisch, dass wir eine demokratische Mehrheit zum Meinungsbildungsprozess hinbekommen. Deshalb brauchen wir den Antrag der rechtsextremen DVU nicht.

Es erstaunt uns schon, dass ausgerechnet Sie, Herr Schuldt, den Antrag stellen; denn Ihre eigenen Parteiveranstaltungen sind davon gekennzeichnet, dass Sie genauso wie Ihre rechts-extremen Verbündeten von der NPD die Öffentlichkeit scheuen. Parteiveranstaltungen, wie gesagt, finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, Kontaktadressen zu Kreis- oder Stadtverbänden werden unter anonymen Handynummern gehandelt, Sie agieren in Ihren eigenen Parteistrukturen konspirativ und fordern hier Transparenz ein. Das ist Verlogenheit pur. Deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE sowie bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Die Landesregierung verzichtet auf ihr Rederecht. Herr Abgeordneter Schuldt, demzufolge erhalten Sie jetzt noch einmal das Wort.

(Schippel [SPD]: Haben Sie noch Text?)

Schuldt (DVU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch Text. Es ist anders als bei Ihnen.

(Lachen)

Sie können im Grunde genommen nur dazwischenquatschen, aber etwas Richtiges ist aus Ihrem Kopf noch nie gekommen.

(Unruhe und Zurufe)

Übrigens, ich kann Ihnen, Herr Görke, sagen: Am 20. können Sie eine öffentliche Veranstaltung bei uns miterleben. Sie sind herzlich eingeladen. Sie kommen doch sowieso, um Rabatz zu machen.

(Erneut Unruhe und Zurufe)

Aber, meine Damen und Herren, Ihre Reaktion auf den heutigen Antrag wundert mich, gelinde gesagt, überhaupt nicht. Herr Görke, Sie lehnen sich weit aus dem Fenster - wie bei Ihnen ja üblich -, aber wenn es um Entscheidungen geht, kneifen Sie.

Die Vehemenz, mit der sich gerade die Koalition gegen die Herstellung der Öffentlichkeit in den Ausschüssen wehrt, ist klar. Ich selbst habe seit 1999 das zweifelhafte Vergnügen, in